

„60 Jahre erfolgreiche Politik im Braunschweiger Land“

Leitantrag

für den Parteitag des CDU-Landesverbandes Braunschweig

2009

Stand Mai 2009

Nicht nur das Grundgesetz feiert 60jähriges Bestehen, sondern auch wir feiern 60 Jahre erfolgreiche Politik im Braunschweiger Land. Im Laufe der Zeit ist Braunschweig geographisch ins Zentrum gerückt: Wir befinden uns nicht nur im Herzen Deutschlands, sondern mittlerweile auch im Herzen der Europäischen Union. Unsere Region ist dadurch noch attraktiver geworden. Um dieses Potential voll ausschöpfen zu können, wurde in der Vergangenheit vom CDU-Landesverband Braunschweig viel Wert auf die Verbesserung von Infrastruktur und Fernverkehr gelegt. Mit dem Ausbau der Autobahnen A 39 und A391 wurden wichtige Schritte in Angriff genommen. Die Regiostadtbahn ermöglicht ab Ende 2012 eine bessere und attraktivere Verkehrsverbindung der Städte und Landkreise im Großraum Braunschweig. Sie vereint die Vorteile von Eisen- und Straßenbahn, sorgt für die Anbindung des ländlichen Raums und entlastet dauerhaft den Straßenverkehr in der Region. Dieser Weg muss weitergeführt werden. Ebenso wichtig sind die ICE-Verbindung der Deutschen Bahn und der Umbau des Braunschweiger Hauptbahnhofs sowie der Güterverkehr der Binnenschifffahrt nach Braunschweig und Salzgitter.

Wirtschaft

Ein weiteres Anliegen des Landesverbands war und ist die Stärkung der Forschungsregion Braunschweig. Sie schafft beispielhaft Innovation und Arbeitsplätze, schöpft Humankapital und bringt internationale Forscher und ihr Wissen nach Deutschland. Ein leuchtendes Beispiel ist die Gründung des Niedersächsischen

Forschungszentrum Fahrzeugtechnik (NFF), welches die Forschungsregion Braunschweig/Wolfsburg zum internationalen Spitzenstandort in der fahrzeugtechnischen Forschung macht. Hier und auch in weiteren Wirtschaftszweigen zeigt sich das Leistungsvermögen der Braunschweiger Region, in der nicht nur Großunternehmen wie Volkswagen, Salzgitter AG und Nordzucker, sondern auch eine Vielzahl von mittelständischen Unternehmen durch eine fundierte Ausbildung junger Fachkräfte die Weichen für die Zukunft der niedersächsischen Wirtschaft stellen.

Wir können zurückblicken auf eine jahrhundertealte Tradition des Handwerks, des Mittelstands, des Handels und der Industrie mit einer gut ausgebildeten Facharbeiterschaft sowie einer wohnortnahen Versorgung. Mittelständische Unternehmen und Handwerksbetriebe sind dabei das Rückgrat unserer Wirtschaft. Sie schaffen den Großteil der Ausbildungs- und Arbeitsplätze. Aufgabe des Staates ist es daher, gerade Existenzgründer und kleine und mittlere Unternehmen durch optimale Rahmenbedingungen zu fördern. Unternehmer und Gründer werden daher durch die Wirtschaftsförderung und Initiativen wie Braunschweig Zukunft und Gründungsnetzwerk Braunschweig lokal unterstützt. Hinzu kommen müssen jedoch Anpassungen der Rahmenbedingungen, um den Markt zu fördern. Wir wollen daher die Staatsquote senken, Bürokratie abbauen, das Arbeitsrecht weiter flexibilisieren, das Steuerrecht wettbewerbsfähig gestalten und die Bedingungen für die Unternehmensfinanzierung verbessern. Letzteres wird aktuell im Auftrag des unionsgeführten Bundeswirtschaftsministeriums durch das „KfW-Sonderprogramm 2009“ in Angriff genommen. Das Sonderprogramm erleichtert die Kreditversorgung von Unternehmen, die insbesondere für den Mittelstand von existentieller Bedeutung ist. Um eine größere Wirkung zu entfalten, muss das Programm in der Bevölkerung bekannter gemacht werden und gegebenenfalls den sich wandelnden Bedürfnissen der mittelständischen Wirtschaft angepasst werden.

Hochschulbildung und Forschung

Der wichtigste Rohstoff in Deutschland ist der Ideenreichtum der Menschen, die hier leben. Um dieses Potential auszuschöpfen, schaffen sowohl die Bundesregierung als auch die niedersächsische Landesregierung beste Bedingungen für die Bildung. Mit dem zweiten Konjunkturpaket wird neben der wirtschaftlichen Belebung vor allem das

Fundament für den nächsten Aufschwung gelegt. Nie zuvor wurde in Deutschland stärker in Bildung und Forschung investiert. Nun gilt es, die Mittel bestmöglich einzusetzen, um die Leistungsfähigkeit der Wissenschaftsregion Braunschweig weiter zu steigern. Das Braunschweiger Land bietet gute Voraussetzungen für die akademische Bildung. Um den Anschluss an die Spitze zu halten, müssen wir allerdings auf eine bessere Vernetzung untereinander und eine bessere Kommunikation nach außen hinwirken. Der Landesverband hat sich daher für die Kooperation im Rahmen der Niedersächsischen Technischen Hochschule (NTH) stark gemacht. Sie ist der richtige Weg zur Etablierung von exzellenter Wissenschaft und fruchtbarer Kooperation der regionalen Hochschulen in Niedersachsen.

Ein erfolgreiches Beispiel für die Zusammenarbeit von niedersächsischen Hochschulen liefert bereits das Energie-Forschungszentrum-Niedersachsen (EFZN) in Goslar. Hier werden neue Lösungen entwickelt, um die Abhängigkeit von endlichen fossilen Energieträgern zukünftig zu mindern. In Goslar wird die Forschungskompetenz der Universitäten Clausthal, Braunschweig, Göttingen, Hannover und Oldenburg optimal gebündelt. Durch Kooperation können alle Hochschulen ihre Stärken einbringen und halten so gemeinsam den Anschluss an die internationale Spitze. Dabei muss berücksichtigt werden, dass auch die kleineren Hochschulen, wie die Technische Universität Clausthal und die Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel durch eine Fülle von Kooperationsprojekten mit ihrer Region eng verwachsen sind. Diesen Vorteil gilt es weiterhin zu nutzen. Eine Zentralisierung der Hochschullandschaft in Niedersachsen ist daher nicht sinnvoll.

Schulpolitik

Neben der Hochschulbildung muss auch die Schulbildung den immer neuen Anforderungen angepasst werden. Der CDU-Landesverband Braunschweig will daher die schulpolitische Vielfalt in Niedersachsen gewährleisten. Eine Einheitsschule als einzige Schulform wird entsprechend abgelehnt und stattdessen eine Verbesserung des begabungsgerechten gegliederten Schulwesens angestrebt. Für ein funktionierendes Schulsystem sind gut strukturierte und aktualisierte Lehrpläne, eine gesicherte Unterrichtsversorgung, eine eindeutige Fächerstruktur, ein transparentes

Leistungsprinzip und anspruchsvolle zentrale Abschlussprüfungen von entscheidender Bedeutung.

Der Landesverband Braunschweig begrüßt das Vorhaben der Niedersächsischen Landesregierung, die Unterrichtsversorgung qualitativ und quantitativ zu sichern. Dafür ist die Einstellung von zusätzlich 500 Lehrern und 240 Referendaren vorgesehen. Zudem werden auch so genannte "Feuerwehrlehrer" bis zur vollen Stundenzahl beschäftigt, mit dem Angebot einer dauerhaften Beschäftigung nach zwei Jahren Tätigkeit. Um die Qualität des Unterrichts zu verbessern, sollen die Lehrkräfte mittelfristig stärker entlastet werden. Dies soll durch Verkleinerungen von Klassen, Entlastungen der Schulleitungen sowie durch den Einsatz von Verwaltungskräften geschehen. Um die Schulen besser an die Bedürfnisse unserer modernen Gesellschaft anzupassen, sind in Niedersachsen seit 2003 ca. 890 neue Ganztagschulen entstanden. Eltern sollen sich darauf verlassen können, dass ihre Kinder – vor allem so lange sie im Grundschulalter sind – ganztägig in guten Händen sind.

Der Landesverband Braunschweig unterstützt die Pläne der Landesregierung zur Verbesserung des gegliederten Schulsystems. Haupt- und Realschulen sollen stärker auf Berufsorientierung und -vorbereitung ausgerichtet werden. Hierzu sollen die Hauptschulen durch eine systematische Zusammenarbeit von allgemeinbildendem und berufsbildendem Bereich weiterentwickelt werden und die Vermittlung von Schülern in die duale Berufsausbildung gesteigert werden. Die Realschulen bieten hingegen sowohl eine intensive Berufsorientierung als auch die Vorbereitung auf den Besuch einer gymnasialen Oberstufe und damit den Weg zum Abitur nach 13 Jahren. Gymnasien und Gesamtschulen werden spätestens ab dem Jahr 2018 die Allgemeine Hochschulreife nach 12 Jahren vergeben. Dies entspricht den Anforderungen von Gesellschaft und Wirtschaft an ein modernes Bildungssystem. Zu einem Schulsystem, das Vielfalt bietet, gehören neben den klassischen Schulformen auch die Integrierten und Kooperativen Gesamtschulen sowie die Schulen in freier Trägerschaft. Wir erkennen die hier geleistete Arbeit an.

Demographische Herausforderungen und kulturelle Attraktivität

Trotz der zentralen Lage, der wirtschaftlichen Verbesserungen und des reichhaltigen kulturellen Angebots sieht sich die Region Braunschweig ebenso wie Deutschland als Ganzes demographischen Herausforderungen gegenüber. In den Jahren nach der Wiedervereinigung 1990 sind viele Braunschweiger abgewandert. Seit 2005 ist hier zwar durch eine familienfreundlichere Siedlungspolitik, neu geschaffene Arbeitsplätze und ein verbessertes Kultur- und Freizeitangebot eine Wende eingetreten, aber die deutschlandweit niedrige Geburtenrate schlägt auch hier zu Buche. Die CDU im Braunschweiger Land hat sich dem Problem bereits seit einiger Zeit angenommen. Die erfolgreichen Bemühungen zeigen sich beispielsweise im gelungenen Strukturwandel in der Stadt Salzgitter und im Landkreis Peine. Der Leitantrag des letzten Jahres rückte die Familienpolitik noch einmal deutlich ins Zentrum.

In den letzten Monaten und Jahren wurde viel für Familien in Deutschland getan. Die Erhöhung des Kindergelds, die Einführung des Elterngelds sowie des gebührenfreien letzten Kindergartenjahres und die Verbesserungen des Betreuungsangebotes im Rahmen des Kinderförderungsgesetzes wurden bereits durchgeführt. Auch das Gebiet der Kinderbetreuung wird nachhaltig gefördert, u.a. durch Programme wie Familien mit Zukunft (100 Mio. Euro Landesprogramm). Aktuell ermöglichen zusätzlich Maßnahmen des zweiten Konjunkturpakets der Bundes- und Landesregierung kommunale Investitionen in Kindertagesstätten. Zudem sollen auch betriebliche Angebote in dieser Richtung gefördert werden, um möglichst vielen Menschen die Erfüllung ihres Kinderwunsches und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern. Die Förderung der Familie steht auch weiterhin ganz oben auf unserer politischen Agenda. Die Attraktivität einer Region wird im Wesentlichen durch drei Faktoren beeinflusst: Durch Wirtschaftskraft, Bevölkerungsstruktur und Freizeitwert. Wir müssen auf allen drei Gebieten zugleich arbeiten, um in Zukunft eine demographische „Boomregion“ anstatt einer „Schwundregion“ zu werden. Die wirtschaftliche Entwicklung steht selbstverständlich an erster Stelle, fehlen jedoch die Familien, dann kränkelt die Wirtschaft auf absehbare Zeit. Daher wird auf Familienfreundlichkeit besonderer Wert gelegt. Hierzu gehören auch ein attraktives Freizeit- und Kulturangebot durch die Förderung von Kultureinrichtungen, Vereinswesen und ehrenamtlichem Engagement. Anziehungspunkte, wie die archäologische Weltausstellung „Schöninger Speere“, das Weltkulturerbe Rammelsberg und das Braunschweigische Landesmuseum sind unersetzlich für die Attraktivität unserer Region – insbesondere auch im Hinblick auf den

Tourismus. Wir wollen auch zukünftig weiterhin die Kulturlandschaft im Braunschweiger Land nach Kräften fördern.

CDU

**Parteitag des Landesverbandes Braunschweig 2009
am 29. Mai 2009 in der Stadthalle Braunschweig**

Antrag 2:

Effiziente Regierungsarbeit durch Totalumzug von Bonn nach Berlin

Antragsteller:

**Landesvorstand des CDU-Landesverbandes
Braunschweig**

Der CDU-Landesparteitag hat beschlossen:

Der CDU-Landesverband fordert, den vollständigen Umzug der Ministerien von Bonn nach Berlin innerhalb einer Wahlperiode umzusetzen.

Begründung:

Die bisherige Aufteilung der Ministerien zwischen Bonn und Berlin beruhte auf dem Gedanken, die Stadt Bonn vor überproportionalen Verlusten durch Abzug des Regierungssitzes zu schützen. Es hat sich gezeigt, dass die Entwicklung der Stadt Bonn sehr positiv war und es einer derartigen Schutzregelung auf Kosten des Bundes nicht mehr bedarf. Deshalb sind die gültigen Regeln dringend anzupassen.

In der veröffentlichten Diskussion wird davon ausgegangen, dass der vollständige Umzug mit Milliarden Baukosten verbunden wäre. Deshalb wird er abgelehnt. Dies ist eine völlig falsche Diskussion, die Äpfel mit Birnen vergleicht. Gegenübergestellt werden müssen die Betriebskosten im System der Teilung einschließlich der Reisekosten und insbesondere unter der Berücksichtigung der durch die Dienstreisen entstehende Verlust an Arbeitszeit mit den Betriebskosten, wie sie sich gestalten würden, wenn der gesamte Regierungsapparat in Berlin angesiedelt wäre.

Dann muss festgestellt werden, wie hoch die Einmalkosten des Umzuges sind und ob und in welchem Zeitraum sich dieses als wirtschaftlich erweisen würde.

Angesichts der Tatsache, dass rund 500 Planstellen eingespart werden könnten, wenn nicht so viel Arbeitszeit durch Reisezeit verloren ginge, ist relativ schnell eine Wirtschaftlichkeit des Umzuges festzustellen. Man würde nicht nur die 500 Stellen mit Personalkosten sparen, sondern auch die dazu gehörigen Arbeitsplatzkosten, die nicht gering sind. So könnte man auf Einsparungen von rund 40 Millionen Euro pro Jahr kommen. Angesichts dieser Einsparung sind die reinen Umzugskosten von rund 250 Millionen Euro einschließlich der zu gewährenden Trennungsschädigungen eine relativ geringe Größe. Ein Umzug würde sich nach 5 bis 6 Jahren rechnen und zusätzlich hätte man einen erheblichen Effizienzgewinn in der Regierungsarbeit.

Es geht nicht darum, alles neu zu bauen, man kann auch mieten und entsprechend in Bonn abmieten bzw. vorhandene Bürogebäude verkaufen. Die Mietkosten in Bonn sind gegenwärtig höher als die in Berlin. Ebenso die Verbrauchskosten, wie sich aus einer der jüngsten Berichterstattung des Bundesfinanzministeriums gegenüber dem Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages ergibt. Insofern stehen einer Effizienzsteigerung keine Fakten mehr entgegen und der Umzug ist deshalb sofort in Angriff zu nehmen.

CDU

**Parteitag des Landesverbandes Braunschweig 2009
am 29. Mai 2009 in der Stadthalle Braunschweig**

Antrag 3:

Keine Besteuerung von Phantompreisen bei Dienst- und Jahreswagen

Antragsteller: Landesvorstand des CDU-Landesverbandes Braunschweig

Der CDU-Landesparteitag hat beschlossen:

Sowohl bei der Besteuerung von Dienstwagen als auch bei der Besteuerung des geldwerten Vorteils beim Verkauf von verbilligten Jahreswagen ist von dem tatsächlichen Kaufpreis auszugehen anstelle der bisher zu Grunde genommenen viel zu hohen Listenpreise.

Begründung:

Gegenwärtig werden bei der Besteuerung in beiden Verfahren die Listenpreise für Kraftfahrzeuge zu Grunde gelegt. Diese entsprechen keinesfalls den Marktverhältnissen, bei denen Rabatte bis zu 25 Prozent des Kaufpreises gegenwärtig Alltagspraxis sind. Das Rabattverhalten der Automobilindustrie verändert sich ständig, so dass auch mit pauschalen Annahmen keine Gerechtigkeit geschaffen werden kann. Zwar wird gegenwärtig aufgrund eines BMF-Schreibens vom 30.01.1996 der Listenpreis um 50 % des offenen Händlerrabattes bereinigt, dies schafft aber keine den tatsächlichen Verhältnissen entsprechende Besteuerungswerte. Außerdem ist das Verfahren bürokratisch sehr aufwändig.

Um zu wirklichkeitsnahen Werten zu kommen, sollte in Zukunft vom tatsächlichen Kaufpreis ausgegangen werden. Dieses lässt sich ganz einfach durch die entsprechende Rechnung nachweisen. Ein solches Verfahren vermeidet auch die Tatsache, dass „Phantompreise“ besteuert werden.

Dieses Verfahren ist nicht nur verwaltungseinfacher, sondern auch gerechter. Im Übrigen wird dadurch der Absatz von Mittelklassefahrzeugen – Dienstwagen sind nicht in der Regel wie vom Volksmund angenommen die S-Klasse-Fahrzeuge – sondern Passat, Golf, Mercedes E-Klasse, Audi A 4, BMW der 3er-Klasse usw. In diesen Segmenten könnte durch eine verbesserte Dienst- und Jahreswagenregelung Absatzförderung betrieben werden. Diese Fahrzeugklassen werden gerade von der gegenwärtig gültigen Abwrackprämie nicht oder nur wenig berührt.

CDU

**Parteitag des Landesverbandes Braunschweig 2009
am 29. Mai 2009 in der Stadthalle Braunschweig**

Antrag: 4

Antragsteller: MIT- LV Braunschweig

Der Landesparteitag hat beschlossen:

Der Landesparteitag spricht sich für eine Reduzierung der Mehrwertsteuer von 19 auf 7% aus für Hotellerie, Gastronomie, freie Berufe und Handwerk und fordert den Landesvorstand auf, dieses im Rahmen einer grundlegenden Systematisierung des Umsatzsteuerrechts nach der Bundestagswahl 2009 einzubringen.

Begründung:

Die Reduzierung der Mehrwertsteuer, die der Rat der Europäischen Union für das Gastgewerbe, freie Berufe und Handwerksleistungen ermöglicht hat, ist ein beispielsloses Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung in Hotellerie, Gastronomie, freien Berufen und Handwerk in Deutschland.

7 statt 19% Mehrwertsteuer werden eine milliardenschwere Investitionsoffensive auslösen, für Preissenkungen und Spielräume bei der Entlohnung der Mitarbeiter sorgen. Mit der aktuellen Bundesratsinitiative der Bayrischen Staatsregierung, die Mehrwertsteuer im Hotel- und Gastronomiegewerbe auf 7% zu senken, haben CSU und FDP diese Chance erkannt.

CDU

**Parteitag des Landesverbandes Braunschweig 2009
am 29. Mai 2009 in Braunschweig, Stadthalle**

Antrag: 6

Antragsteller: Junge Union, Landesverband Braunschweig

Kein Verbot für „Paintball“.

Der CDU Landesparteitag hat beschlossen:

Der Landesvorstand des Landesverbandes Braunschweig der CDU möge sich dafür einsetzen, dass kein generelles Verbot für „Paintball“ eingeführt wird.

Jedoch spricht sich der CDU Landesverband Braunschweig für eine wissenschaftliche Prüfung von „Spielen“ wie Laserdome, Paintball und Gotcha aus. Den Trend zu diesen Spielen halten wir zwar für besorgniserregend, jedoch nicht für zwangsläufig verbotswürdig.

Begründung:

Zwischen der Freizeitbeschäftigung „Paintball“ und den Amokläufen ist kein kausaler Zusammenhang herzustellen. Ein Verbot wäre purer Aktionismus und in der Sache völlig wirkungslos.

CDU

**Parteitag des Landesverbandes Braunschweig 2009
am 29. Mai 2009 in Braunschweig, Stadthalle**

Antrag: 7

Antragsteller: Junge Union, Landesverband Braunschweig

Stärke der Schulklassen

Der CDU Landesparteitag hat beschlossen:

Der CDU Landesverband Braunschweig bittet die Niedersächsische Landesregierung, eine Angleichung der Schülerhöchstzahlen der Klassen fünf bis zehn des Gymnasiums an die der Gesamtschulen (derzeit: 30 Schüler) anzustreben. Sofern die Unterrichtsversorgung sichergestellt und die entsprechenden Haushaltsmittel verfügbar sind, soll darüber hinaus eine Reduzierung der Klassenfrequenzen stattfinden.

Begründung:

Diese Maßnahme hätte eine sofortige Verbesserung der Arbeitsbedingungen und des Schulerfolges der Schüler zur Folge. Da eine solche Festlegung einer Maximalschülerzahl an den IG-Schulen bereits besteht und sich dort auch bewährt hat, wird lediglich eine bestehende Benachteiligung der anderen Schüler beendet.

CDU

**Parteitag des Landesverbandes Braunschweig 2009
am 29. Mai 2009 in Braunschweig, Stadthalle**

Antrag 11

Antragsteller: Junge Union Landesverband Braunschweig

Einsatz der Bundeswehr im Innern

Der CDU Landesparteitag hat beschlossen:

Der CDU Landesverband setzt sich für den ergänzenden Einsatz der Streitkräfte im Innern ein, wenn in extremen Gefahrenlagen – insbesondere in Bezug auf die Seesicherheit – die Mittel der polizeilichen Gefahrenabwehr nicht mehr ausreichen. Dazu ist Artikel 35 GG entsprechend anzupassen.

Begründung:

Die Innere und Äußere Sicherheit sind bei den vorherrschenden Bedrohungspotential und dessen Qualität (ABC-Abwehr/ Maritime Gefährdung/ Luftraumüberwachung) nicht mehr trennscharf auseinander zu halten. Die Streitkräfte sollten deshalb fähigkeits- und bedarfsorientiert im Inland – auch über den Staus quo hinaus – eingesetzt werden können. Das ist als subsidiärer Einsatz bei Groß- schadenslagen unverzichtbar. Die Kompetenz der Polizei wird dadurch nicht berührt; ein Ersatz für Personalmangel bei der Polizei ist ausdrücklich nicht beabsichtigt. Das ist kein Ansatz zur „Militarisierung“ der Innenpolitik, sondern ein unverzichtbarer Bestandteil staatlicher Sicherheitsvorsorge zum Schutz vor terroristischen Anschlägen. Ein Küstenland wie Niedersachsen hat ein fundamentales Interesse daran, dass seine maritime Infrastruktur gegen mögliche terroristische Bedrohungen von See aus wirksam geschützt werden kann.

Im Oktober 2008 ist ein entsprechender Gesetzentwurf der Berliner Koalitionsregierung durch die SPD-Fraktion zu Fall

gebradcht worden. Es ging damals gerade nicht darum, eine generelle Ermächtigungs- Grundlage für den Einsatz der Bundeswehr im Innern zu schaffen. Mit der Änderung des Art. 35 GG sollte lediglich die verfassungsrechtliche Grundlage eines Streitkräfteinsatzes mit militärischen Mitteln im Wege der Amtshilfe bei polizeilichen Gefahrenlagen, also in einem nichtkriegerischen Kontext, geschaffen werden. Eine Eilkompetenz des zuständigen Bundesministers sollte geschaffen werden. Der politische Konsens in der gesamten Koalition, im Notfall handlungsfähig zu sein, wäre ein wichtiges Signal für die Bürger.

CDU

**Parteitag des Landesverbandes Braunschweig 2009
am 29. Mai 2009 in Braunschweig, Stadthalle**

Antrag 13

Antragsteller: Junge Union Landesverband Braunschweig

Direktmandate bei der Europawahl

Der CDU Landesparteitag hat beschlossen:

Der CDU Landesverband Braunschweig regt an, das Wahlrecht zur Europawahl dahingehend zu überarbeiten, dass verstärkt auf Elemente der Direktwahl von Parlamentariern zurückgegriffen wird.

Begründung:

Die Grundstimmung in der Bevölkerung gegenüber der Europäischen Union wird von einigen Mängeln getrübt. Das Hauptproblem ist, dass Europa momentan als bürgerfern wahrgenommen wird. Brüssel ist „weit“ weg und gilt als „Bürokratie pur“. Ein Grund dafür ist, dass die Bürger nicht genau wissen, wie und von wem sie eigentlich in Brüssel vertreten und repräsentiert werden. Das momentane Wahlverfahren für die Parlamentarier sieht Parteilisten vor, was zur Folge hat, dass es keine Identifikation mit einem Direktkandidaten geben kann und dass die Abgeordneten auch nicht direkt von der Bevölkerung ihres Wahlkreises legitimiert sind.

CDU

**Parteitag des Landesverbandes Braunschweig 2009
am 29. Mai 2009 in Braunschweig, Stadthalle**

Antrag 15:

Antragsteller: Junge Union Landesverband Braunschweig

Arbeitnehmer am wirtschaftlichen Erfolg beteiligen

Der CDU Landesparteitag hat beschlossen:

Der CDU Landesverband Braunschweig setzt sich bei der ausstehenden notwendigen Gesamtsteuerreform dafür ein, steuerrechtliche Rahmen zu schaffen, dass Arbeitnehmer Aktienkäufe an ihrem eigenen Unternehmen stärker als bisher von der Steuer ansetzen können.

Er fordert weiterhin die Belegschaftsaktionäre auf, sich gewerkschaftlich zu organisieren, um einmal den Arbeitnehmern beim Erwerb und bei der Verwaltung ihrer Anteile behilflich zu sein und um entsprechend des Arbeitnehmeranteils Mitglieder für den Aufsichtsrat zu stellen. Das momentane Arbeitnehmermitbestimmungsrecht muss in Bezug auf die Sitzvergabe der jetzigen Gewerkschaften überdacht und gegebenenfalls überarbeitet werden.

Begründung:

Durch unterschiedliche Interessenlagen der Manager, Aktieninhaber und der Belegschaft entstehen Zielkonflikte in der Unternehmensführung. Wenn kurzfristige Maximalgewinne das Ziel von Anlegern sind, dann können selbst gesunde Unternehmen ins Wanken geraten. Die Anleger, denen das Wohl des Unternehmens wichtig ist, sind die Arbeitnehmer selbst. Die historische Trennung von Belegschaft und Aktionär muss deshalb

aufgehoben werden. Wir fordern die Unternehmer auf, ihre Arbeitnehmer im Anteilserwerb am eigenen Unternehmen zu fördern.

CDU

Parteitag des Landesverbandes Braunschweig 2009 am 29. Mai 2009 in Braunschweig, Stadthalle

Antrag 17:

Antragsteller: Junge Union Landesverband Braunschweig

Verbesserung des Schienennahverkehrs

Der CDU Landesparteitag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, den bestehenden Schienennahverkehr am Abend und am Wochenende in wirtschaftlich vertretbarem Umfang zu verbessern und für bereits stillgelegte Bahnverbindungen neuer Machbarkeitsstudien in Auftrag zu geben. Der CDU Landesverband Braunschweig setzt sich für die schnellstmögliche Realisierung der Regio-Stadtbahn ein.

Begründung:

Die großen Wirtschaftszentren in Niedersachsen und den angrenzenden Stadtstaaten Bremen und Hamburg erfüllen für viele Anwohner des Umlandes nicht nur wirtschaftliche Aufgaben, sondern dienen auch als Zentren für Kultur und Freizeit. Eine gute Verkehrsanbindung ist für umliegende Kommunen in Bezug auf die Bereitstellung zusätzlichen Wohnraumes und die Erhöhung der Attraktivität unerlässlich. Der Personennahverkehr auf der Schiene erfüllt diese Anforderung abends und am Wochenende allerdings nur lückenhaft, weil sich ein Gros der bereitgestellten Züge wochentags auf den Zeitraum zwischen 6 Uhr und 20 Uhr konzentriert. Durch einen effizienteren Zügeinsatz am Wochenende und der damit verbundenen Möglichkeit zu Bereitstellung von Spätzügen am Wochenende kann die Qualität des Angebots ohne große Mehraufwendungen nachhaltig verbessert werden.

Zusätzliches Potenzial für den Schienenverkehr ergibt sich bei aktuell stillgelegten Bahnverbindungen, deren Attraktivität fortlaufend überprüft werden muss, um bestehende Versorgungslücken gerade im peripheren Mittelzentren (z.B. Sulingen) auch mit Hilfe von privaten Bahnbetreibern schließen zu können.